

Aus Bund und Ländern

Hartmannbund bleibt bei seinem Nein zum Seehofer-Gesetz

BONN. Der Hartmannbund bleibt bei seinem Nein zum vorliegenden Entwurf des Gesundheits-Strukturgesetzes. Mit diesem Gesetz werden nach Auffassung des Hartmannbund-Vorsitzenden, Dr. med. Hans-Jürgen Thomas, die Strukturen im Gesundheitswesen nicht entscheidend verändert. Es bleibe vielmehr bei einem reinen Kostendämpfungsgesetz, das nach kurzer Zeit wie seine Vorgänger bereits wieder unwirksam sei, weil es die Altersentwicklung unserer Bevölkerung nicht berücksichtige.

Bis Ende dieses Jahrzehntes werde der Bevölkerungsanteil der über 60jährigen um drei Millionen zunehmen. Deshalb müsse man mit einem Subventionsbedarf der Rentnerkrankenversicherung von 80 bis 100 Milliarden DM in acht bis zehn Jahren rechnen, prognostiziert Thomas. Diese Entwicklung ließe sich nicht mehr über Kostendämpfungsgesetze herkömmlicher Art, also über erzwungene Sparmaßnahmen, finanzieren.

Thomas kündigte an, daß sich die Jahreshauptversammlung des Hartmannbundes vom 16. bis zum 18. Oktober 1992 in Baden-Baden ausführlich mit der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und ihren Auswirkungen auf das Gesundheitswesen beschäftigen werde. JM

BKK-Bundesverband gegen Aushöhlung der Festbetragsregelung

ESSEN. Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) hat sich gegen eine generelle Zuzahlung der Versicherten zu Arzneimitteln ausgesprochen. Von einer solchen Regelung wären

auch die bislang zuzahlungsfreien Festbetrags-Präparate erfaßt, womit die Festbetragsregelung insgesamt konterkariert würde.

Der Geschäftsführer des für Arzneimittelfragen federführenden Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen, Wolfgang Schmeinck, forderte statt dessen die konsequente Weiterentwicklung der Festbetragsregelung. So müßten zum Beispiel die Gruppenbildung für Festbetragsmedikamente vereinfacht und die Festbetragsbildung für Arzneimittel mit patentgeschützter Wirkungsweise erleichtert werden.

Befürworter einer generellen Zuzahlung zu Arzneimitteln sehen in dieser Regelung hingegen die Möglichkeit, die bisherige Marktsplattung in zuzahlungsfreie und zuzahlungspflichtige Arzneimittel zu beseitigen. JM

Medizinstudium: CDU will Reform - Weniger Bewerber im Osten

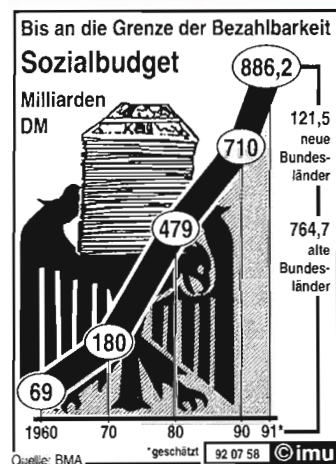
DORTMUND. In den neuen Bundesländern beginnen in diesen Tagen deutlich weniger Abiturienten ein Hochschulstudium als im Vorjahr. Für den Studiengang Medizin meldeten sich nur so viele Bewerber, wie Plätze vorhanden sind. Allerdings stieg die Zahl derer, die eine Zulassung im Westen beantragten.

1991 hatten sich noch 3450 junge Menschen für ein Medizinstudium beworben. In diesem Jahr sind es nur noch 1570. Anders hingegen der Trend in den alten Bundesländern: Hier stieg die Nachfrage nach einem der 5700 Studienplätze von 16 200 auf 17 800.

Eine Gesamtreform der Medizinerbildung hat unterdessen der Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik der CDU verlangt. Der stellvertretende Vorsitzende, Prof. Dr. Ulf D. Koenig, forderte, den Zugang zum Medizinstudium zu erschweren.

Das Fach müsse als Ganzheitsstudium entwickelt, die Trennung von Vorklinik und Klinik aufgehoben werden.

Die Universitäten, so Koenig weiter, sollten sich auf die grundsätzliche didaktische Ausbildung beschränken. Die Lehrkrankenhäuser müßten in die klinische Ausbildung einbezogen werden. An einer einheitlichen Approbation will die CDU „unbedingt festhalten“. ch



Das Sozialbudget wuchs von 1960 bis 1990 auf mehr als das Zehnfache, nämlich 710 Milliarden DM. 1991 dürfte die entsprechende Summe für das wiedervereinigte Deutschland auf über 886 Milliarden DM gestiegen sein.

15jähriges Bestehen: Arbeitskreis Down-Syndrom

BIELEFELD. Bei einem Kinder-Eltern-Wochenende in Bielefeld-Bethel anlässlich des 15jährigen Bestehens des Arbeitskreises Down-Syndrom e.V. tauschten Eltern aus allen Teilen Deutschlands ihre Erfahrungen aus. Im Jahr 1977 waren es nach eigenen Angaben Eltern von sieben Kindern, die sich in Bielefeld erstmalig trafen. Aus dieser kleinen informellen Gruppe entwickelte sich inzwischen ein eingetragener, gemeinnütziger Verein mit

mehr als 800 Mitgliedern, der sich um Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten für Menschen mit Down-Syndrom bemüht, damit sie ein weitgehend „selbstbestimmtes und altersgemäßes Leben“ führen können.

► Informationen: Hermann Stüssel, Hegelstraße 19, W-4800 Bielefeld 14, Tel: 0521/442 998. EB

Kabinetts erleichtert Behandlung von Schmerzpatienten

BONN. Die Bundesregierung will Ärzten die Behandlung von Schmerzpatienten mit Betäubungsmitteln erleichtern. Künftig können schwerkranke Patienten, die unter starken Schmerzen leiden, für einen längeren Zeitraum und in größerer Menge als bisher Betäubungsmittel erhalten. Eine entsprechende Änderung des Betäubungsmittelrechts beschloß das Kabinetts in Bonn. Die Verordnung soll nach Zustimmung des Bundesrates im Januar 1993 in Kraft treten.

Bei der Verschreibung im „Normalfall“ wird der Versorgungszeitraum nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums von bisher sieben auf 30 Tage verlängert. In besonders schweren Krankheitsfällen wird sichergestellt, daß Betäubungsmittel für wenigstens zehn Tage verschrieben werden können. Damit werde die häusliche Versorgung mit Schmerzmitteln für viele Patienten und ihre Angehörigen wesentlich erleichtert. Unter anderem werde das Ausfüllen des Betäubungsmittelrezeptes und die Einhaltung sonstiger Sicherheitsvorschriften für den Arzt wesentlich vereinfacht.

Die Verordnung erhält darüber hinaus Regelungen für die Substitution von Drogenabhängigen. Außerdem werden zehn neue „Designerdrogen“ als nicht verkehrsfähige Betäubungsmittel den Kontrollen des Gesetzes unterstellt. afp